



## Zusammenfassung Wahlprüfsteine FDH Baden-Württemberg 2026

### 1) Wichtigste Kernbotschaften

- Alle Parteien (CDU, FDP, GRÜNE, SPD) erkennen den Heilpraktikerberuf grundsätzlich als Bestandteil der Gesundheitsversorgung an, unterscheiden sich aber stark beim Reform- und Regulierungseifer.
- CDU, FDP und SPD betonen Erhalt des Berufs in seiner heutigen Form mit teilweise punktueller Weiterentwicklung; GRÜNE wollen Heilpraktikerrecht klar „weiterentwickeln“ und stärker vereinheitlichen.
- Therapiefreiheit und Patientensouveränität werden von allen positiv bewertet, jedoch mit sehr unterschiedlichen Vorstellungen von Mindeststandards und Kontrolle.
- Freiwillige Qualitätssicherung (z.B. FDH-Gütesiegel) wird durchweg positiv gesehen; GRÜNE betonen stärker, dass Siegel freiwillig sind und nicht alle Praktizierenden erfassen.
- Die scharfe Abgrenzung zu nicht-heilkundlichen Gesundheitsanbietern und zu ästhetischen Angeboten ohne Heilkundelizenz wird von allen Parteien gefordert; hier herrscht weitgehender Konsens in Richtung restriktiver Regulierung.
- Rolle der Heilpraktiker in Prävention, Gesundheitsförderung und ganzheitlicher Versorgung wird von allen Parteien positiv, aber unterschiedlich stark als „Ergänzung“ zur Regelversorgung hervorgehoben.
- Naturheilkundliche Forschung und integrative Medizin werden positiv bewertet; CDU, GRÜNE und SPD verweisen auf Professur/Projekte in Tübingen bzw. RBK, FDP zusätzlich auf die Rolle der Industrie und des Cochrane-Netzwerks.



## 2) Kurz-Zusammenfassungen nach Partei

### CDU

- Anerkennt Heilpraktiker als eigenständigen Heilberuf und will ihn erhalten und „verantwortungsvoll weiterentwickeln“, Reformen nur zur Qualitätssicherung und nicht zur Abschaffung.
- Therapiefreiheit wird ausdrücklich bejaht, aber gebunden an fachliche Verantwortung, Aufklärung und Qualifikationsgrenzen.
- Freiwillige Qualitätsinitiativen wie ein Gütesiegel werden positiv gesehen; klare Abgrenzung zu nicht-regulierten Anbietern und stärkere Kontrolle dieser.
- Naturheilkunde als „wertvolle Ergänzung“, aber Heilpraktiker sollen Versorgungslücken nicht ersetzen; digitale Einbindung der Heilpraktiker in die Telematik wird eher kritisch gesehen.
- Naturheilkundliche Forschung und Dialog Schulmedizin–Naturheilkunde sollen weiter gestärkt werden, u.a. mit Hinweis auf Lehrstuhl Integrative Medizin in Tübingen.

### FDP

- Stellt Patientensouveränität und Wettbewerb in den Mittelpunkt; Heilpraktiker gehören ausdrücklich zur „freien Therapiewahl“ und sollen als Akteure erhalten bleiben.
- Therapiefreiheit = Methodenvielfalt bei klarer Sorgfaltspflicht; Änderungen von Zugang/Prüfung sollen mit den Verbänden gemeinsam entwickelt werden (Dialog auf Augenhöhe).
- FDH-Gütesiegel und verbindliche Standards werden begrüßt, grundlegende Strukturänderungen sieht die FDP aktuell nicht als nötig; warnt vor Überregulierung und Bürokratie.
- Hält am Heilkundemonopol von Ärzten und Heilpraktikern fest, nicht-heilkundliche Anbieter nur für Prävention/Fitness/Wohlbefinden bei Gesunden.



- Sieht Heilpraktiker als wertvolle Akteure, besonders in Prävention und ganzheitlicher Betreuung; offen für Digitalisierung und Telemedizin, aber betont den Wert des persönlichen Kontakts.
- Unterstützt naturheilkundliche Forschung und verweist auf Hersteller komplementärer Arzneimittel und das Robert Bosch Centrum in Tübingen (Cochrane-Complementary-Medicine-Netzwerk).

#### GRÜNE

- Wollen Zugang zu komplementären Methoden sichern, aber Heilpraktikerrecht „weiterentwickeln“: klar definierte Kompetenzen, bundesweite Vereinheitlichung, stärkere Orientierung an Qualifikationsnachweisen.
- Therapiefreiheit und Patientenwahlrecht werden positiv bewertet, jedoch stark verknüpft mit Transparenz, klarer Benennung von Grenzen und Risiken sowie Mindeststandards.
- FDH-Gütesiegel wird „durchaus positiv“ bewertet, zugleich auf Freiwilligkeit und begrenzte Abdeckung hingewiesen; politisch wird eine klare Abgrenzung qualifizierter Heilpraktiker von nicht-regulierten Anbietern gefordert.
- Heilpraktiker und Naturheilkunde werden als fester Bestandteil des Systems gesehen; komplementäre Therapien (z.B. Osteopathie, naturheilkundliche Ansätze) sollen Resilienz und Prävention stärken.
- Sehr kritische Haltung zu ästhetischen Angeboten ohne Qualifikation und Social-Media-Werbung; fordert strenge Regeln, Kontrollen, Dokumentationspflichten, Fortbildung und Berufshaftpflicht für risikobehaftete Tätigkeiten.
- Betonen stark naturheilkundliche Forschung und Projekte in BW (Professur Komplementärmedizin Tübingen, KIG-BaW, Netzwerke AZKIM/KIM etc.).



## SPD

- Will an der bestehenden Rechtslage (Heilpraktikergesetz, Leitlinien, VwV BW) festhalten, derzeit kein Änderungsbedarf aus Sicht der SPD; bei Bedarf Gesprächsbereitschaft mit Verbänden.
- Therapiefreiheit wird anerkannt, solange rechtliche Vorgaben und Voraussetzungen eingehalten werden.
- Begrüßt Verbands-Siegel und gemeinsame Qualitätsstandards ausdrücklich und sieht darin eine wichtige Informations- und Orientierungshilfe für Patientinnen und Patienten.
- Sieht Heilpraktiker als „On-top“ zur staatlichen Versorgung, gerade in Prävention, Gesundheitsförderung und ganzheitlicher Begleitung.
- Nicht-heilkundliche Anbieter (z.B. Gesundheitsberater, Rückencoaches) dürfen keine Heilkunde ausüben; SPD will daran „auf keinen Fall etwas ändern“.
- Stellt naturheilkundliche Forschung (Professur Naturheilkunde/Integrative Medizin Tübingen am RBK) heraus und will so Potenziale der Naturheilkunde heben.

## 3) Bewertung

### a) Grundstimmung gegenüber Heilpraktikern

- Am deutlichsten pro-Beruf, mit starkem Erhaltungsfokus, sind FDP und CDU; beide sprechen von Wertschätzung, Ergänzung des Systems und sehen Reformen vor allem als Qualitätsverbesserung, nicht als Einfallstor zur Einschränkung.
- SPD zeigt eine eher status-quo-orientierte Haltung: keine weiteren Änderungen geplant, solange kein klarer Änderungsbedarf erkennbar ist; das gibt Planungssicherheit, ist aber weniger aktiv gestaltend.
- GRÜNE verfolgen ein klar reformorientiertes Konzept mit Fokus auf bundesweite Vereinheitlichung, stärkere Definition von Kompetenzen und strikterer Regulierung riskanter Bereiche; aus Sicht der Heilpraktikerschaft ist das ambivalent: höhere Anerkennung über Standards, aber potenziell mehr Eingriffe in bisherige Freiheiten.



b) Therapiefreiheit und Patientensouveränität

- FDP ist hier am offensten und am wenigsten regulierungsorientiert (Therapiefreiheit als Ausdruck von Patientensouveränität und Wettbewerb). CDU liegt in ähnlicher Linie, koppelt Freiheit aber zustärker an Verantwortung und Qualifikationsgrenzen.
- GRÜNE und SPD sehen Therapiefreiheit stärker eingebettet in verbindliche Rahmenbedingungen; die GRÜNEN formulieren am prägnantesten, dass Freiheit nur mit klaren Standards tragfähig sei.

c) Regulierung „Graubereichs“-Anbieter und ästhetischer Markt

- Alle Parteien wollen eine deutliche Abgrenzung zwischen staatlich erlaubten Heilkundigen (Ärzte, Heilpraktiker) und nicht-regulierten Anbietern; das ist aus Sicht der Heilpraktiker grundsätzlich positiv, weil es die eigene Profession gegenüber „Billig-Anbietern“ schützt.
- Besonders GRÜNE und CDU drängen auf schärfere Regeln und Kontrollen im ästhetischen Bereich, SPD bestätigt das geltende Verbot für medizinische Leistungen ohne Heilkundelizenz, FDP fordert vor allem die Verhinderung invasiver Eingriffe durch Unqualifizierte.

d) Rolle im Gesundheitssystem und Digitalisierung

- Alle sehen Heilpraktiker als Ergänzung, nicht als Ersatz für die ärztliche Regelversorgung; die FDP formuliert am positivsten, CDU und SPD betonen die Ergänzungs- bzw. „On-top“-Funktion, GRÜNE heben Resilienz, Prävention und ganzheitliche Impulse hervor.
- Bei Digitalisierung zeigen sich Unterschiede: FDP ist am offensten für Telemedizin und digitale Vernetzung, GRÜNE und SPD verweisen auf Grenzen (kein GKV-Leistungserbringer), CDU äußert sich eher zurückhaltend zur Einbindung in die Telematikinfrastruktur.

e) Forschungsorientierung

- CDU, GRÜNE und SPD verweisen aktiv auf den Tübinger Lehrstuhl/Professuren und Projekte; GRÜNE legen den stärksten Schwerpunkt auf Landesinitiativen wie KIG-BaW und Netzwerke.
- FDP setzt zusätzlich auf die Rolle der mittelständischen Hersteller und der internationalen Einbindung (Cochrane-Netzwerk) und fordert bessere Vernetzung von Schulmedizin, Naturheilkunde und Forschung.